

Volksstimme

Redaktion:
Galle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei)
für den Regierungsbezirk Merseburg
Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag und Expedition:
Galle a. S., Gr. Ulrichstraße 27
Fernsprecher 6407

Nr. 160 Bezugspreis: Monatlich 1,75 Mk. frei Haus. Bei Abholung 1,60 Mk. Bei den Postämtern 1,75 Mk. 5,25 Mk., ohne Postgebühr Einzelnummern 15 Pfennig. Halle, Donnerstag, den 17. Juli 1919 Anzeigenpreis: Die 6spaltige Mittelzeile 20 Pfennig, 3 Spalten 15 Pfennig, 2 Spalten 10 Pfennig. — Schluss der Anzeigen-Nachnahme vormittags 10 Uhr. — 3. Jahrgang

Streikheizer dem Lande.

Halle, den 17. Juli 1919.
Streiks sind an der Tagesordnung, warum soll denn nicht auch auf dem Lande gestreikt werden. Auch die Fähigkeit der Landarbeiter ist für den Fortschritt unseres Staates von großer Wichtigkeit. Das weiß man. Interessenten, die unsere junge Republik zerschlagen wollen, gibt es in Hülle und Fülle. Die Heher von ganz links überbieten sich mit denen von rechts, um durch umerwährende Unruhen und Zusammenstöße das Chaos zu schaffen, auf dem sie
„Ihr“ Himmelreich errichten
wollen. Ein wenig anders moß, aber schließlich doch unter dem gleichen Gesichtswinkel sind auch die gegenwärtigen Landarbeiterstreiks zu verstehen, von denen jetzt berichtet wird. Die Nachrichten, die W.F.B. darüber ins Land hinaus geben ließ, lassen keine andere Deutung zu, als daß das von Spartakisten aufgesetzten Landarbeitern nicht anders als unsere Ernährung unterbinden wollen. Gewiß, es mag zutreffen, daß linksradikale Elemente die bereitete Unzufriedenheit der Landarbeiter auszunutzen, aber von entscheidendem Einfluß ist diese Hege keinesfalls gewesen. Heute liegen ausführendes und obstruierendes Werk in den Händen der Landarbeiter, die erkennen lassen, daß die Schuld an diesen Streiks ganz wo anders zu suchen ist. Einzig und allein die reaktionären Agrarier, die die berechtigten Landarbeitertarife abgelehnt haben, sind an diesen Streiks schuld. Die Brennpunkte der ganzen Bewegung liegen in der Provinz Pommern. Überall dort, wo den berufenen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden die Bildung parteilichem Schlichtungsausschüsse möglich gewesen ist, die die Festsetzung von Tarifverträgen zwischen beiden zu erleichtern hatten, haben Streiks bisher nicht stattgefunden. In der Provinz Pommern ist durch den Pommerischen Landbund die Bildung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden hintertrieben worden. Hierdurch ist naturgemäß einer kommunistischen Agitation für einen Landarbeiterstreik der Boden bereitet worden. In den meisten Fällen ist die Grundlage der Forderungen der vom Landwirtschaftsministerium aufgestellte Muster-Tarifvertrag, der den britischen Verhältnissen angepasst wurde.

Was an den Streiknachrichten, die jetzt herumgehen, an Alarmierendes steht, richtet sich gegen die Organisation der Landarbeiter. Es kann gar keinen Zweifel geben, daß der in der Landarbeiterschaft ermöglichte Widerstand gegen die Einführung der Landarbeiterschaft aus den Fesseln der bürgerlichen mittelalterlichen Gewerkschaften, die Agrarier in ihren Profitinteressen stark beunruhigen.
Der Landarbeiterverband hat die Absicht, durch die Organisierung der Landarbeiter die Lebensbedingungen des Landproletariats auf eine höhere und den berechtigten Bedürfnissen dieser Arbeitergruppen befriedigende Basis zu bringen. Er läßt sich gleichzeitig von der Verantwortung gegenüber dem Volksganzen leiten. Sein Bestreben, mittels Tarifverträge in der Landwirtschaft feste vertragsmäßige Arbeits- und Lohnnormen durchzusetzen, bezieht in Wirklichkeit die beste Garantie vor putschistischen Gefährdungen der deutschen Ernte.
Die Landwirte müssen zur Einstufung kommen, daß die Zeiten patriarchalischer und manchmal sehr übel gewesener Herrschaft über die Landarbeiter vorbei sind. Die Landarbeiter sind frei, sind nicht Sklaven wie früher, sind Menschen, deren Interessen ebenso geschützt werden müssen, wie die aller anderen.
Die „Landwirte“, die gesamt Arbeitgebervereinigung, die sich natürlich gegen den Streik und gegen Verhandlungen zu machen sich bereit erklärt, arbeiten in der Landwirtschaft für die Vorkämpfer gemacht, in denen nichts anderes als
der Herrschaftsanspruch der Agrarier
hervorgekehrt wird. Die bürgerliche Presse gefällt sich in maßloser Hege gegen die Streikenden, ohne auf die wahren Ursachen des Streiks einzugehen. Im Gegensatz zu den Terrormeldungen berichten die P. F. N., daß die Arbeitswilligen im Regierungsbezirk Straßburg sich an der Arbeit nicht scheuen. Nach mehreren Meldungen sind in den größeren Städten, vor allem in

Straßburg und Stettin, Proteststreiks der Arbeiterschaft gegen das Generalkommando und die Landräte ausgebrochen, die von Reichssozialisten und Unabhängigen veranstaltet wurden und einen großen Umfang angenommen haben. Es liegen dazu noch folgende Meldungen vor:
Die Forderungen in Stettin.
WTB, Stettin, 16. Juli. Das Gewerkschaftsamt der Wahlvereine der S. P. D. und der Parteivereine der U. S. P. rufen zum Generalkrieg auf, bis folgende Forderungen erfüllt sind:
1. Entlassung aller während des Belagerungsstandes inhaftierten Gefangenen und Niedererschlagung aller daraus resultierenden Strafverurteilungen.
2. Aberkennung des Generals von Owen.
3. Anerkennung der Arbeiterräte, ohne deren Zustimmung keine militärischen Maßnahmen gegen die Zivilbevölkerung getroffen werden können.
Infolge dieser Aufforderung sind heute früh die Arbeiter aller wichtigen Betriebe in den Auspost getreten. Die Straßenbahnen verkehren nicht. Das Gaswerk, Wasserwerk und das Elektrizitätswerk sind geschlossen. Es wird mit der Möglichkeit eines Rückzugs auf die Werke des Generalkriegs gerechnet.
Stettin, 16. Juli. In einer heute abgehaltenen Versammlung der Eisenbahner von Stettin wurde beschlossen, sich dem Generalkrieg anzuschließen und einen Aktionsausschuß einzurufen, der das Rote veranlassen soll. Es sollen nur solche Eisenbahner mitwirken, die nicht mehr den Forderungen der Arbeiter und Bevölkerung entsprechen. — In Straßburg ist der Streik gleichfalls vollstommen.
Verhandlungen in Straßburg.
Straßburg, 16. Juli. W.F.B. berichtet von hier: In dem Landarbeitersstreik haben heute vormittag neue Verhandlungen zwischen dem Arbeiterverband und dem Pommerischen Landbund begonnen.

Verbesserung des Friedensvertrages.

Doch es zum Streik gekommen ist, liegt meist an den Arbeitgebern, die durch ihr Verhalten das Zustandekommen eines Tarifvertrages vereitelt haben. Die Beendigung des Streiks ist in sehr vielen Einzelfällen bereits nach wenigen Stunden durch Verhandlungen erlangt worden, nur selten waren Tage zur Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern notwendig. Von einer Forderung der Ernte durch die Streiks kann nicht die Rede sein. Eine weitere Meldung des Vormarsches, die von dem berechtigten Protest der mehrheitlich sozialistischen Arbeiterschaft in Pommern berichtet, wird die Schuld den großagrarischen pommerischen Landbund zugeschrieben, der in seinem Interesse jeden Versuch zu einer tariflichen Einigung hintertrieben hat. Über die Forderung der in den Generalkrieg getretenen Arbeiter in Straßburg haben wir gestern berichtet, die erste Forderung ist die Aufhebung des Belagerungsstandes, der ohne Wissen des Oberpräsidenten auf Grund überlieferter Berichte des Landrats von Franzburg Generalkommando verhängt wurde.
Die Landarbeiterschaft befindet sich tatsächlich in wirtschaftlichen Verhältnissen, die eher alles andere als rosig sind, und die bringen eine Verbesserung bedürfen. Wenn der Landwirte jetzt eine 33 prozentige Erhöhung der Getreidepreise zugesprochen worden ist, so bedeutet das für die größeren und großgrundbesitzer, deren Grund und Boden meist seit vielen Jahren schon in ihrem Besitz ist, eine Erhöhung der Grundrente, die sie nicht einseitig nur für ihren persönlichen Vorteil schälen dürfen, sondern von der sie ihren Arbeitern so viel abgeben müssen, als diese für ihr, der ganzen Nation wichtiges Leben notwendig haben. Es ist darum ganz am Platze, daß man dort, wo der böse Wille ist und der

W.F.B., 16. Juli. W.F.B. wird gemeldet: Esso de Paris meldet: Infolge des Beschlusses des Nationalrates der sozialistischen Partei Frankreichs gegen den Friedensvertrag zu stimmen, ist die schnelle parlamentarische Durchführung der Ratifizierung ernstlich gefährdet. Es ist die Möglichkeit gegeben, daß die Ratifizierung nur dadurch zustande kommt, daß die Regierung noch rechtzeitig Kompromisse zu machen sich bereit erklärt. Zusammenhänge der sozialdemokratischen Deputierten der Kammer noch aus. Die parlamentarische Lage ist ungewisshaltig über Nacht sehr kritisch geworden.
Berlins, 16. Juli. (W.F.B.) Die Friedenskonferenz der Kammer, die gestern die Beratung über den Friedensvertrag fortsetzte, noch Vizepräsident Clemenceau über die Frage des linken Kleinminder und Geheißfragen zu hören. Danach gab der Minister des Auswärtigen Erklärungen über den Weltkrieg und, der nach längerer Ansicht für den Weltfrieden gegen früher einen anderen Fortschritt bezeugte, da alle im angeschlossenen Koffer ihre Streitigkeiten einen länderigen Schlichter unterbreiten müßten. Deutschland könne ein Mitglied werden nach einstimmiger Zustimmung, und nachdem es keinen guten Glauben durch seine Haltung und tatsächlich durch die Ausübung der Friedensbedingungen bewiesen habe. Nichts übernahm schließlich die Antenne ausprobiert über die Kontrolle der Rüstungen für die Regierung. Nach ihm würde Charles Benoist zu beweisen, daß das Saargebiet ehemals französisches Gebiet gewesen sei.
Die Ablieferung unserer Handelsflotte.
Sambors, 16. Juli. (W.F.B.) Nach den Bestimmungen der Waffenstillstandskommision hat bisher von den Hamburgern Besatzung über den in Hamburg belagerten Schiffs 100 Dampfer mit einem Gesamttonnage von 1182521 Netto-Rubinteine an die Entente zur Ablieferung gekommen. Hieron existieren auf die Forderung-Amerika-Finie 21 Dampfer mit 417045 Netto-Tonnen.

Butter, Margarine und Eier sollen hierbei eingeliefert sein. Robert hofft jedoch, daß eine Beschränkung des Konsums und Wiedereinführung des Rationierungssystems nicht notwendig sein werde.
Die Rückkehr der Kriegsgefangenen.
In der nächsten Woche werden aus Frankreich große Gefangenentransporte erwartet. Die für Nordwestdeutschland bestimmten Güter werden über Dänemark geleitet. Von Sammlungen auf gehen für die Gefangenen, von dort soll die Entlassung der Kriegsgefangenen in die Heimat erfolgen.
Die Londoner „Daily News“ melden, daß der Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen aus England am 18. Juli beginnen wird. In den nächsten 14 Tagen werden 52000 deutsche Gefangene über Holland heimgeschickt.
24-tägiger Generalkrieg in Frankreich.
Der Verwaltungsrat der französischen Gewerkschaften proklamiert für den 21. Juli einen eintägigen Generalkrieg. Der Nationalrat der sozialistischen Partei hat ihm zugestimmt.
Auch die norwegische Arbeiterpartei wird am diesem Tage Massenversammlungen abhalten.
Der Vaterlandserrat im Westen.
Weimar, 16. Juli. Wie von maßgebender Seite mitgeteilt wird, soll morgen in Wittenfeld der Verband ausgebaut werden, der unter dem Druck der Okkupationsmacht gebildet werden mußte, aufzutreten. Auf der Tagesordnung steht die Besetzung von Oldenburg. Der Vaterlandserrat ist bekannt, daß sich hinter diesen Besetzungswünschen wesentlich andere als schriftliche auf zu beurteilende Befehreungen verbergen, die auf einen Anschlag an das unter Verwaltung des Väterlandsrat stehende Saargebiet hinführen. Da diese Befehreungen gegen die Reichsverfassung und den Friedensvertrag verstoßen, legt die Reichsregierung im Verein mit der oldenburgischen Regierung schriftliche Verwarnung gegen die ein. Sie wird jeden zur Rechenschaft ziehen, der sich an solchen Grindern aus immer daran beteiligt oder sie fördert.

Amerika gegen die Weltorganisation der Lebensmittel.
Geno, 16. Juli. (H. N.) Amerika habe dem britischen Plan der Organisation der Lebensmittelversorgung noch nicht zugestimmt und werde dazu auch nicht geneigt sein, denn die Amerikaner wollen nicht länger als notwendig einen Teil der Verantwortung der europäischen Angelegenheiten tragen oder Europa in amerikanischen Angelegenheiten einen Einfluß einräumen. Der Lebensmittelkontrollor Robert teilte mit, die Regierung habe beschlossen, das Lebensmittelamt seine Arbeit fortsetzen zu lassen, was während des letzten Monats, Preise und Verteilung der wichtigsten Lebensmittel zu regeln. West, West, West, West.

Der Hunger und seine politischen Folgen.

In einem Aufsatz: Die Totenräuber unserer Volkswirtschaft, von Hermann Böger in D o r m a r z wird auf die ungeliebten Vorkommnisse hingewiesen, die aus Frankreich und England über uns drängen. Wir haben fast täglich eingehandelt werden. Die Lebensmittel sind für die Industrie hereinzuwachen, werde durch die verbrecherischen Untriebe dem Volke das tägliche Brot verkümmert. Die Bemittelten monatlichen 500 Millionen Mark seien eine Folge dieses laubverräterischen Treibens schöner Bürger. Der Verfasser fragt, wie lange dieser Wahnsinn hemmungslos fortgehen soll. Die Lebensmittelunruhen und Plünderungen, die zu blutigem Bürgerkrieg führen, haben aber in diesen wirtschaftlichen Verhältnissen den letzten Nährboden. Wenn der Preis für den Ankauf der Lebensmittelgeschäfte mit hungrigen Massen ansteigt und jene, wie die teuren Zeichen von gutgehenden Menschen gekauft werden, denen man ihre soziale Unproduktivität auf tausend Schritte ansieht, wenn in schwarzen Kleidern und Hüden zu prächtigen Preisen ausgestellt werden und den kleinen Mann erinnern, daß Frau und Kinder dabei kein Hemd auf dem Leibe haben, dann gehört eine Überbilligkeit fonderblicheren dazu, das rapide Anwachsen des Heeres der unzufriedenen Elemente einzig und allein auf das Konto der Kommunisten zu legen. Der vergrößerte Ankaufsummertrieb ist es, der das Volk von der Unproduktivität unserer Wirtschaften und politischen Zustände einbringlicher überzeugt, als sonst der Beschäftigte und Bedrohten. Der Allgemeinheit werden diese Dinge in ganzen Umfange ebensowenig bekannt sein, wie die Tatsache, daß ungeheure Verluste an der Produktion der Güter teils durch Verfall der zuständigen Beamten und Betriebsaufstellungen, teils durch Unfähigkeit, wenn nicht sogar durch Korruption von Offizieren und Beamten in den Schleichhandel gekommen sind und noch kommen. Was hat die Reichsregierung getan, um diesem Treiben am Urdarm Einhalt zu gebieten? Den Genossen und Schmitt hat ohne weiteres befristet werden, daß sie den guten Willen gebort haben, die insonderheit in die Hände zu werden. Gefangen ist ihnen dies bis jetzt auch nicht einmal in beisehrten Maße. Die Ursache des Mißerfolges ist ihre übergrößen Jagdpartei; sie haben es verstanden, den jüngerer Volkstörper gründlicher Heilbehandlung zu unterziehen. Man befindet sich noch mitten in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und seine sich vergeblich nach der frischen Luft. Die Genossen in der Regierung tragen eine schwere Verantwortung und ihr guter Wille wird sie nicht vor hartem Urteile bewahren, wenn sie nicht die nötige Energie aufbringen, diesem Unfug scheinbar zu Leibe zu gehen.

Seelig und die geistig Armen.

Am 12. und 13. Juli tagte in Berlin der erste Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei, von dem wir schon einige Stichproben gegeben haben. Den Höhepunkt des Parteitages bildete nach Ansicht des ehemaligen Staatsministers Abg. Hergt die Rede des Pfarrers Traub. Wir wollen uns für einen Satz zitieren: Ich habe keine neue Idee. Ich halte an den alten Ideen von Ordnung, Autorität und Gottesglauben fest. Dieses Wort ist wahr, wie wohl kein anderer von den vielen, die auf dem Parteitag gesprochen wurden. Es ist das Wort der ganzen Tagung. Seine neue Idee! Immer noch sind diese Herrschaften in ihrer alten Gedankenwelt verurteilt die Zeit von dem Geiste der neuen Zeit. Von der ersten bis zur letzten Stunde war der Parteitag angefüllt von einem wüsten Geschimpfe auf die „gottverfluchte und verdammte Republik“, die „volksfremden Gewaltthäter“, und ein Jammer um das Schicksal Wilhelm's II., dessen man „in nie verlassender Sehnsucht“ gedachte, um den Verlust der schwarzweißen Fahnen und dem Schrei nicht nach einem, sondern nach mehreren Bismarcks. Selt jüngerliche Kraftmeierei war es, was man da zu hören bekam — weiter nichts. Als ein Redner die Mitteilung machte, daß der ehemalige preussische Landwirtschaftsminister von Schornerling sich für die Lösung der Verhältnisse in den Rheinland beteiligt hat, geriet die hohe Versammlung in Erregung, und der Vorsitzende entzog dem Redner firtzhand das Wort. Man wollte doch den guten Eindruck, der durch den vorläufigen Phrasenschwall beim „Volke“ hervorgerufen werden sollte, nicht durch die Mitteilung zerstören lassen, daß einer jener Patrioten im Begriffe war, aus Liebe zu seinem Gelde zum Feinde überzulaufen. Herr Sefferich, der ehemalige Wasserfänger, benutzte die Gelegenheit, um seinem Widersacher, Herrn Erberger, eins auszuweisen. Ueberhaupt hatten die Herren es mächtig auf dem heutigen Finanzminister abgesehen. „Schlagt ihn heute für den Feind“, rief er aus, und sonstige von tiefer Tiefe hergehende Worte über die Bedeutung der Bildung zugehende die Rede über die Bedeutung der Bildung, wenn kein Name genannt würde. Herr Reichart rief erregt aus: „Hört mit diesem Menschen!“ und sand rasend Befehl. Man glaube manchmal auf einem Kaffeehaus bei alten Preußen oder auf Ostpreußens Muren zu sein. Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit wurde auch der „unentbehrlichen jüdisch-demokratischen Presse“ gedacht. Die Schimpferei auf die Juden war so hart, daß eine Rednerin sich diese Belegstellen ganz energisch verbot. Sie mußte sich die Hände waschen, wenn nicht mehr dazu geblüht, wie ein großer Hund, dann hat sie sie lieber. Aus dieser jammervollen Gegenwart, in die uns jene Herren in der Deutschnationalen Volkspartei hineingeführt haben, kann uns aber nicht der „alte Preußeneig“ in eine bessere Zukunft führen. Nur wer das Alte abgelegt hat, was sich freigegeben hat von engen Käfigen, wird die Ideen der neuen Zeit ersicht hat, der kann die Zukunft bauen und gewinnen. Die neuen Ideen aber sind nicht in der Partei der Sozialdemokraten und Reichart zu finden. Kommt das sie

Herr Eugenberger streifte. Sie leben weiter in jenen alten Anstehen wie ein Greis, der die Jugend nicht mehr versteht. Reichart — Schwarz-Weiß-Rot — Bismarck — Gott, das sind die vier Säulen der Gedankenswelt, aus denen sie nicht herauskommen. Momentan mag die nationale Welle hochgehen und den rechtsstehenden Parteien Vorteil bringen. Bald aber wird auch der dümmste Knecht des Herrn von der Höhe erkennen, daß entgegen den Prophezeiungen seines Herrn der alte Preußeneig abgestoßen hat und der Sozialismus nicht nur unter Arbeiterschaften und Volk, sondern die ganze Menschheit zu einem neuen und schöneren Leben emporführen wird — trotz Deutschnationaler Volkspartei.

Steigerung der Arbeitsdisziplin durch Betriebsdisziplin in England.

In welcher Weise die Arbeitsdisziplin in den nationalisierten Betrieben durchgeführt wird, zeigt folgende Kurve eines Betriebsauslasses in Peterborough, der was der Sonnabend-Abendausgabe der Notizen seine entnehmen:

An alle unsere Genossen, Arbeiter und Arbeiterinnen aller Abteilungen! Die augenblickliche Lage Räte-England, das von der ganzen Welt abgetrennt und sich selbst überlassen ist, erfordert von allen Bürgern und in erster Reihe von der Arbeiterklasse, die die Wiederherstellung unseres Landes in ihre Hände genommen hat, eine außerordentliche Anspannung aller Kräfte und Fähigkeiten, um den Wohlstand Englands und die Produktivität unserer Arbeit zu erhöhen.

Die Räte-Genossen, Arbeiter und Angestellte unserer Fabrik haben aufeinander die Tragweite des oben Gesagten noch nicht begriffen.

Es werden die Vorschriften über die Arbeitsdisziplin, die von der allgemeinen Verarmung aller Arbeiter angenommen wurden, verletzt; es verhalten sich viele Arbeiter der Fabrik ihrer Arbeit gegenüber nicht gewissenhaft genug.

Daraus entstehen für die Fabrik Verzögerungen in der Produktion, die wieder für andere Betriebe Folgen nach sich ziehen.

Genossen, Arbeiter! Dieses Uebel muß mit der Wurzel ausgerottet werden. Wir haben beschlossen, mit allen Mitteln gegen das Sinken der Produktionskosten und die Verzögerungen der festgesetzten Arbeitsdisziplin anzukämpfen.

Um diese zu erreichen und die üblichen Beschuldigungen der ganzen Arbeiterschaft zu vermeiden, wird von jetzt ab eine genaue Berechnung der Arbeitsleistungen der einzelnen Arbeiter sowie der Abteilungen vorgenommen werden.

Hiermit verfordern wir, daß künftighin jeder Arbeiter und Angestellte, der die neue feste Norm nicht erreicht oder die Arbeitsdisziplin verletzt, in eine niedere Kategorie überführt oder ganz von der Fabrik ausgeschlossen wird.

Andererseits werden Arbeiter und Angestellte, welche sich durch besondere Güter ihrer Arbeitsleistungen auszeichnen in höhere Kategorien überführt werden.

Indem wir Euch dies mitteilen, bitten wir Euch alle zum Wohl der Allgemeinheit als auch Eurer persönlichen Interessen wegen um Eure Mitarbeit.

Wir hoffen, daß die reifen Arbeiter in diesem Sinne auf die Fabrikregeln einwirken, die Erfahrungen auf die Unerfahrenen und die sich ihrer Verantwortung Bewußten auf die Leichtsinningen.

Ein Kommentar hierzu erübrigt sich. Man erhofft heraus, wie wenig man in „freiem“ Rußland ohne Zwang auskommt.

Zoller vor dem Standgericht.

In München begann am Montag der Prozeß gegen den Studenten Zoller wegen Hochverrats, begangen in den Tagen der Münchener Rätezeit durch sein Präsidium im Volkshaus und als Führer der roten Garde. Zoller's Geschichte zeigt ihn als einen, wenn auch etwas überpannen, so doch geistig hochstehenden jungen Menschen, der durch Eiserer wohl vorzüglich in das Absehbare des Sozialismus hineinkam und durch seine Gaben es verstand, in München sehr schnell an die Spitze der U. S. P. zu kommen. Er hat dann den Unfinn der Rätezeit mitgemacht und hat sich nun zu verantworten. Die Zeugenaussagen ergeben im allgemeinen, daß Zoller sich nicht die Untaten hat zuschreiben lassen, die man ihm vorwarf und die sich mit den sonstigen Eindrücken, die man von seiner Person hat (er hat auch eine Anzahl dichterische Trauennichte herausgegeben) nicht recht vereinbaren lassen. In vollem Umfang bleibt ein Mißtrauen auf dem politischen Umfange aus, daß es sich um einen zur Kultur neigenden Menschen von sehr schwachen Nerven handelt, sie empfehlen Milde, sprechen ihm aber im Uebrigen die volle Verantwortung für alles zu. Der Staatsanwalt selbst plädierte auf Zubilligung milderer Umstände. „Eine chloste Gefinnung ist dem Angeklagten nicht nachzuweisen“, sagt er, hält ihn aber sonst für mitschuldig an den Umsturzergebnissen und beantragt sieben Jahre Festung. Schlichtig hätte gestern mittag das Standgericht das Urteil, das auf 5 Jahre Festung lautete.

Die „Oefke“ der Unabhängigen.

Die Fraktion der Unabhängigen der Preussischen Landesversammlung hat beschlossen, ihre Vertreter zum Untersuchungsausschuß über die Januarrunnen zurückzuführen. Die wahre Ursache liegt klarutage. Die Unabhängigen setzten sich ungenügend, die Einsetzung dieses Ausschusses verlangt, haben aber an seinen arnützlichen Arbeiten, bei denen manches auf

gehört wurde, nicht entfernt das Vergnügen gefunden, das sie gesucht hatten.

Die Jugenerneuerung über die Volksherrschaft Eichhorns im Untersuchungsausschuß der preussischen Landesversammlung ergab u. a., daß von einer aus Rumänien eingeflossenen großen Geldsumme auf dem Schiffschein Bahndurch die Eisenbahn-Sicherheits-Mannschaften fünf bis sechs Millionen Mark gestohlt wurden.

Der alte Streit.

D a m b e r g, den 16. Juli. W. B. drahtet: Der Finanzanschuß des bayerischen Landtages beschloß sich heute mit dem vom Finanzminister Speck mitgeteilten Finanzprojekt des Reichsministers Erberger. Finanzminister Speck ergänzte seine gestrigen Darlegungen und erklärte, daß der Reichsfinanzminister behabsichtige, eine Kapitalertragssteuer in Höhe von 30 Proz. zu erheben. An die Ausführungen des Finanzministers knüpfte sich eine lebhafte Aussprache. Schließlich wurde vom Vorsitzenden des Finanzanschlusses folgende Entschloßung vorgelesen, die den Fraktionen zur Beratung vorgelegt werden wird: Der Finanzanschuß protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die neue Reichsfinanz- und gegen die neuen Reichsfinanzverwaltungspläne, wie sie in der Ministerkonferenz vom 18. Juli in Weimar bekannt gegeben wurden. Er stellt in ihnen den Untergang der Finanzen wie der politischen Selbstständigkeit der Einzelstaaten, von welcher die Finanzen und Gehälter und Gehältern und Gehältern des Reichs abhängig sind, und ermetzt ein Einhalten in allen Verfassungsänderungen gegen die Einzelstaaten, da er hierin eine schwere politische Gefahr für das Reich und seinen Bestand erblickt. Vom Finanzminister Speck wurde dem Ausschuss noch nahegelegt, ob die Partei nicht einen bayerischen Gegenanschlag zur Ausmerzung der jehigen Gütern in den Finanzplänen ihrer Unterstützung geben wolle. Dann müßten aber auch die bayerischen Abgeordneten in Weimar geschlossen hinter der bayerischen Regierung stehen. Der Ausschluß wird sich noch mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

Der alte Streit um die Steuerhöhe des Reiches. Es ist dringend zu fordern, daß die Reichsregierung und die Nationalversammlung sich nicht durch rüchändigen Wünschen der Bayern nicht nachgiebig

Ein Beamtengele.

B e r l i n, 17. Juli. Amt „Vorwärts“ nimmt der Staatsanwuch in Weimar einem Gele zu, wonach die jehigen Beamten, die mit be geg en ä r t i g e n P a b n u s d e r R e g i e r u n g m i t a n n e r k a n n t a n d, a u f i h r e m W i e g l o s t e n d e W i s s e n s m i t t e n e n e r h a l t e n k a n n e n, w e n n s i e 20 J a h r e i m D i e n s t g e d i e n h a b e n.

Deutschensperre in England.

S o n d e r, 16. Juli. (Neuer.) Forter Teile mit, daß die Zensur für Kasselegramme am 23. Juli um Mitternacht ausfallen wird. Die Kommission zur Prüfung des Gelebensentwurfes betreffend Ausländer stigte eine Bestimmung ein, durch die den Angehörigen früherer schweblicher Staaten die Durchreise durch den Festland in England während 2 Jahren nach Annahme des Gelebes verboten wird, außer mit Erlaubnis des Staatssekretärs des Innern, die allein aus berechtigten Gründen erteilt wird.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 16. Juli. 58. Sitzung. Am Regierungstisch: Dr. Preuss, Dr. David und Dr. Bell. Präsident Gehlenbach eröffnet die Sitzung 9 Uhr 55 Min. Die Beratung über den Verfassungsentwurf wird fortgesetzt. Es liegt ein Antrag Vorr (Soz.) und Genossen vor auf Einführung eines Artikels 118a, der bestimmt: Die Todesstrafe ist abgeschafft.

Mit der Beratung dieses Artikels verbindet der Präsident die Beratung über einen Antrag Agnes (U. S.) und Genossen zum Artikel 115 mit demselben Inhalt.

Der Antrag Agnes (Soz.) führt aus, daß die Abschaffung der Todesstrafe eine solche Forderung freisinniger und republikanischer Parteien ist. Es ist Aufgabe des Staates, die Achtung des Menschenlebens zu befestigen. Er muß den Grundgesetz praktisch vertreten, daß das Menschenleben an sich unverletzlich ist (Beifall).

Regierungskommissar Dr. Preuss: Ueber die Todesstrafe wird entschieden werden müssen bei der umgebung notwendigen Reform des Strafrechts. Ich glaube, daß die Entscheidung über die Todesstrafe zweifellos im Sinne der Antragsteller erfolgen wird. Wir dürfen aber der Spezialgesetzgebung nicht vorgreifen. Nur in diesem Sinne tritt ich für die Ablehnung des Antrages ein (Beifall).

Abg. Dr. Dingeldey (Dn.): Die Behauptung, daß die Gesetzgebung der Menschenwürde über die Frage einzig sein, ist vollkommen unrichtig. Die besten Theoretiker und Praktiker, so auch die Strafrechts-Kommission, haben sich in wiederholten Gutachten für die Beibehaltung der Todesstrafe ausgesprochen. (Sört, hörr!)

Abg. Dr. Kahl (D. Vp.): Der Antrag ist zweifellos vom Weitsinn eingegeben, aber Ort und Zeit für ihn sind nicht richtig gewählt. (Unruhe links.) Auch der Reichskommissar erklärte an, daß die Verfassung nicht der richtige Ort ist. Wenn ein Mensch nicht das Recht hat, einem anderen das Leben zu nehmen, so hat es doch der Staat zur Aufrechterhaltung seiner Sicherheit.

Abg. Dr. Goh (D. Vp.): Die Abschaffung der Todesstrafe ist nicht eine Frage der Rechtspolitik, sondern eine Kulturfrage allerersten Ranges.

Abg. Hauptmann (Dem.): Wir werden, um die Verfassung nicht noch weiter zu belasten, diesen, wie alle neuen Anträge abzulehnen. Ich bin ein überzeugter Anhänger der Abschaffung der Todesstrafe. Sie ist eine Kulturfrage, gehört aber nicht in die Verfassung, die nur die Grundfragen der Staat bildet, der dann an die Lösung der Kulturfragen berufen soll. So ist sie eine der wichtigsten Fragen bei der Reform des Strafrechts. (Beifall, bei der äußeren linken Unruhe und Lärm.)

Abg. Frau Anton Hügel (Soz.): Diese Frage darf nicht vom Urtheile, sondern sie muß von dem menschlichen Standpunkt aus beurteilt werden. (Beifall links.)

Abg. Dr. Kahl (D. Vp.): Die Todesstrafe ist gerecht und schauerlich. Die Theologen sagen: Wer Menschenblut vergießt, das Blut soll wieder vergossen werden.

Damit schließt die Besprechung. Persönlich be

Lebensmittel-Kalender.

Verkauf von Geflügelmarken. Dem diesjährigen Kommandoverband sind in der letzten Zeit wiederum größere Mengen Geflügelmarken zugewendet worden. Der Verkauf erfolgt markenfremd an jedermann nach den bisherigen Konventionen. Die Verkaufspreise betragen 2 Mark für das Pfund. Einschläpfer und Töchter sind mitzubringen. Die Geflügel werden im Laufe dieser Woche nach Anweisung des Stadtnährungsamts den betreffenden Geschäften durch die Großhändler zugeführt.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talantstraße, am Freitag, den 18. Juli 1919. Zugelassen zum Verkauf werden die Käse der Lebensmittelgenossenschaft mit den Nummern 58 001 bis 58 002 vormittags von 8—12 Uhr und nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Portion eines Hausbrottes können 55 Gr. zum Preise von 20 Pf. abgegeben werden. Der Lebensmittelgenossenschaft ist vorzulegen. — Abgeköhltes Gorb ist bereit zu halten.

Mehlschmelzverkauf. Am Donnerstag, nachmittags, den 17. und Freitag vormittags, den 18. Juli 1919, findet in den einschlägigen bekannten Geschäften der Verkauf größerer Mengen Mehlschmelzen markenfremd statt. Es kann beliebig gerührter Schmelz und Seife abgegeben werden. Die Preise sind in den Geschäften deutlich sichtbar angebracht. Der Lebensmittelgenossenschaft ist vorzulegen. Papier und Töchter sind mitzubringen. Der Verkauf und Verkauf nach auswärts ist den Geschäften nochmals strengstens untersagt.

Verkauf von Rindern. Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. Sept. und 14. Nov. 1915 wird der Verkauf von Rindern wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am Freitag, den 18. Juli 1919. Für jede Portion eines Hausbrottes kann 1/2 Pfund abgegeben werden. Es können bis auf weiteres nur billigerer Rindern zum Preise von 66 Pf. für das Pfund zum Verkauf. Die Käufer sind verpflichtet, die Rindern bei denjenigen Verkäufern einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Rubrikliste eingetragen sind. Die Rindern sind unter Führung der Marke 308 des Warenzeichengesetzes zu verkaufen. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu den Rindern gezeichnet im Stadtnährungsamt, Markttag 22.

I. Obergeschoss (Saal links) binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Freiheitsbundes einzugreifen. Anmeldebewilligungen unterliegen der Befristung nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept. und 14. Nov. 1915.

Städtischer Verkauf von Zwieback und Gerstenmehl an Kinder bis zu 12 Jahren, Jugendlichen von 12—17 Jahren und alte Leute über 70 Jahre in der Talantstraße, am Freitag, den 18. Juli 1919. Zugelassen zum Verkauf werden die Zwieback der Lebensmittelgenossenschaft mit den Nummern 58 001—58 500 nachmittags von 2—12 Uhr und die Zwieback der Nummern 58 501 bis 58 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelgenossenschafts kann auf jeden Abschnitt P der besonderen Warenbesugkarte für Kinder bis zu 12 Jahren und auf jeden Abschnitt O der besonderen Warenbesugkarte für Jugendliche von 12—17 Jahren und alte Leute über 70 Jahre ein Paket Gerstenmehl zum Preise von 40 Pf. abgegeben werden. Am Sonnabend, den 19. Juli 1919 werden die Lebensmittelgenossenschaft 58 001 bis 74 000 beliefert und findet damit die Bestellung ihr Ende. Bei dem Mangel an Kupfergeld ist unbedingt abgedrucktes Geld bereit zu halten.

Angabe neuer Seifenarten! Von Montag, den 21. bis einschließlich Sonnabend, den 26. Juli, werden in den Rindfleisch-Warenhausabteilungen zugleich mit den Brotmarken neue Seifenarten ausgegeben. Der Lebensmittelgenossenschaft ist vorzulegen. Die Zwieback der Lebensmittelgenossenschaft erhalten kostenlose Seifenarten als der Zahl der Hausbrottsangehörigen nach dem Lebensmittelgenossenschaft entspricht.

Ämliche Bekanntmachungen für Weissenfels.

Veränderung des Ortslohnes für den Stadtfrei Weissenfels.
Auf Grund der §§ 149 bis 151 der Reichsversicherungsordnung wird nach Anhörung des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt und nach gutachtlicher Zeugnissung des Versicherungsamtes der Ortslohn für den nachstehend genannten Bezirk unter gleichzeitiger Aufhebung der Beschlüsse vom 30. November 1913 A. 437/13 (Regierungsamtsblatt 1913 S. 515) wie folgt geändert:

Ortslohn gewöhnlicher Tagelöhner im Alter von	über 21 Jahren		16—21 Jahren		unter 16 Jahren	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Stadtfrei Weissenfels	4	3	3	3	2	2

Die Veränderungen treten 2 Monate nach ihrer Veröffentlichung in Kraft; sie gelten nur bis zur nächsten allgemeinen Ortslohnbeschlusses.
Merkelburg, den 24. Mai 1919.
Reichsversicherungsamt.
Der Vorsitzende.

Die Veränderungen treten am 1. August 1919 in Kraft.
Weissenfels, den 10. Juli 1919.
Das Versicherungsamt der Stadt.

Richtpreise für Brotkette.
A. Für Backwaren:
Verkaufspreis für den Zentner frei Getreide M. 27.
Verkaufspreis für den Zentner ab Stadtlager M. 27.
Verkaufspreis für den Zentner ab Bahnlager M. 27.

B. Aus der Kohlenhandlung Max Jirakstein:
Verkaufspreis für den Zentner frei Getreide M. 27.
Verkaufspreis für den Zentner ab Verkaufsstelle M. 27.
Verkaufspreis für den Zentner ab Bahnlager M. 27.

C. Durch Abgabe mit Getreide vom Hofbäcker Revier und Getreide auf ab Landweg:
Verkaufspreis für den Zentner frei Getreide M. 27.
Verkaufspreis für den Zentner frei Haus M. 27.
D. Für Kleinhändler:
Verkaufspreis für den Zentner frei Getreide ab Lager M. 27.
E. Durch Abgabe mit Getreide von den Getreidehändlern, Weibern und Kaufleuten auf Landweg:
Verkaufspreis für den Zentner frei Getreide M. 27.
Die Preise treten mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.
Weissenfels, den 15. Juli 1919.
Der Magistrat.
Ortslohnbeschlusses. Müller.

Walhalla-
Operetten-Theater.
Ensemble-Gastspiel
Dr. Felix Melabardt.
Der Operettenschlager:
Ihre Hohel — die Tänzerin
Musik v. Walter Götz.
Die Vorstellung, beginnt pünktlich 7 1/2 Uhr.
Kasse v. 10—11, u. 4—6.

Stadt-Theater
Freitag, den 18. Juli 1919, abends 7 1/2 Uhr:
Alt-Heidelberg
Schauspiel von Meyer-Förster.

Chalin-Theater.
Geistliche des Stadttheater v. Verjona.
Sonntag, den 20. Juli 1919, abends 7 1/2 Uhr:
Der Strom.
Drama von Max Halbe.

Bad Wittekind.
Freitag, den 18. Juli 19, nachmittags 3 1/2 Uhr:
Kur-Konzert
ausgeführt von der Kapelle des 34. Regts. Nr. 36.
Leitung: Kapellmeister O. Haupt.
Eintrittspreise: für Erwachsene 60 Pf. Kinder 40 Pf. Dauerkassen 50 Pf. Täglich 6 1/2 Uhr: Früh-Konzert.
Rudfäde
in bestem Impr. Leinenstoff preiswert abzugeben.
H. Stettin, Rudenber. Str. 3.

Derbe Rosenträger,
belohntes preiswert.
Gummi-Rosenträger
wieder eingetroffen.
Dauerwäusche a Viertel.
St. Berlin 2 i Kreuze mehrmals.
Ecke Sternstr. 4170



UT

Alte Promenade 11a.

Morgen

und folgende Tage
der grosse deutsche Prunkfilm

Veritas vincit

(Die Wahrheit siegt.)
3 Teile (8 Akte) mit

Mia May

Vorführungen um 5 und 8 Uhr.
Alle Vorzüge aufgehoben!

Kautabak
aus reinen Kautabältern und Mikrobildern hergestellt.
Vorrat: 1000 Rollen 90 Zll., 1000 R. 850 Zll., Th. Steinbach, *3202 Adm. Jüdischstr. 32.

Apollo-Theater
Täglich abends 8 Uhr:
Wiener Blut.
Operette v. Joh. Strauss.
Regie: Emmy Sturm a. G.
Vorher: 9—11 u. 5—7.

Kammer-Grosse Lichtspiel
24
Vom 18.—24. Juli:
Der größte
Wild-West-Film d. Gegenwart

Der schwarze Jack
In den Hauptrollen
Guiffi Fritz und Texas Fred
— 5 Akte —
Ein Drama nach wahren Begebenheiten aus der Condoys, Trapper- und Indianerleben. Durch nicht zu übersehende Spannung.
Streu noch:
Albert geht wählen.
Albert Faullig gewährt für eine Stunde den Profits und Genuß.
Beginn täglich 5.00, 5.00, 7.00, 9.00 Uhr.
Für Jugendliche täglich nur eine Vorstellung, Einlaß bis 3 Uhr.
Heute, Donnerstag, zum letzten Male:
Die schwarze Co. Großstadt-Unterwelt.

Stadt-Theater.
Sonntag, den 19. Juli 1919, Anfang 6 Uhr, Ende 10 1/2 Uhr:
Der Ring des Nibelungen.
2. Tag:
Siegfried
von Richard Wagner.
Gäste:
Kapellmeister Fritz Reiner, Dresden.
Friedrich Plaschke, Kammeränger, Dresden.
Fritz Vogelstrom, Kammeränger, Dresden.
Georg Zoltmann, Kammeränger, Dresden.
Ernst Passony, Leipzig.
Eugen Albert, Leipzig.
Zdenka Faßbender-Moll, Kammerängerin, München.
Frieda Schreiber, Kammerängerin, Leipzig.

Binde- u. Pressgarn, prima Hartgarn
billigt sofort ab Lager
Norddeutsche Handelsgesellschaft, Geestemünde.

Soeben erschienen!
Neue W. T. B.-Karte
Deutschland und Deutsch-Osterrösch
nach dem Friedensschluß
auf Grund amtlicher Quellen bearbeitet.
Die Karte enthält:
Das deutsche Sprachgebiet sowie die gesamte Anleihe der neuen Länder.
Ihnen Forderungen der Entente u. der tatsächlichen Zustände.
Zum Preise von 1,00 Mark durch unsere Expedition zu beziehen.

Unsere Dampf-Einkochapparate sind die besten
C. F. Ritter,
Leipzigerstrasse 90

Buchhandlung Volksstimme
Gr. Ulrichstrasse 27
Stimplickeits Nr. 8 u. 9 Nr. 26 Nr. 33 Nr. 22 Nr. 9

Wichtig für Landwirte u. Fahrwerksbesitzer!
Verkauf v. Heeresfahrzeugen
(schwere und leichte Feldwagen)
findet in der
Munitionsanstalt Beesen
(Artillerie-Exerzierplatz)
am Sonnabend, den 19. Juli, von vormittags 9 Uhr ab statt.
Reichsverwertungsamt
Zweigstelle Halle a. S. +5300

Diät. Kuren
Dr. Möller's Sanatorium
Dresden-Lochwitz
Größe: Erfolge in chron. Nerven-, Bilde- u. Zwangszuständen, Phobien, etc.

Einkochgläser
in allen Größen sehr billig.
C. F. Ritter,
Leipzigerstrasse 90

Esslöffel
aus Aluminium sehr billig.
C. F. Ritter,
Leipzigerstrasse 90.
Gefäß der Vorkasse-Werkzeug 10 Ufr.

Die schwarze Co.
Großstadt-Unterwelt.
Heute, Donnerstag, zum letzten Male:
Die schwarze Co. Großstadt-Unterwelt.

Stadt-, Hof- u. Straßenbeleuchtung
aus edler la prima amerikanischen
Bahia-Plastik
das Dauerhafte was es in diesem Material gibt jedoch wieder an und preiswert.
Firma: Max. Oskar Siefert, Südstr. 4, Weissenfels, i. d. Provinz Sachsen.
Werkstätten: Halle, Leipzig, u. die Industrie-Unternehmen, Chemnitz und Zwickau.



Preussische Landesversammlung.

WTB Berlin, 16. Juli. Am Ministertische: Hirsch, Heine u. A.
Präsident Meiner eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, dass die Verhandlungen über die Reichsfinanzgesetzgebung...

Nach kurzer Debatte wird der Vorschlag mit der Veränderung angenommen, dass die erste Verhandlung zum Etat des Innern in der nächsten Sitzung stattfinden soll.

Der Reichsfinanzminister Hammer (Dn.) die Vorlage des Entwurfs für die Unternehmungen, denen die Freiheitsgewalt...

Die Vorlage wird unter Ablehnung der erwähnten Änderungen in zweiter Beratung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung über die Neuweisung der Provinziallandtage. Nach § 1 sind die Landtage aufzulösen...

Die Vorlage wird unter Ablehnung der erwähnten Änderungen in zweiter Beratung angenommen.

Nach kurzer Debatte wird der Gesetzentwurf auch in dritter Sitzung gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

In zweiter und dritter Beratung angenommen wird ferner der Gesetzentwurf zur Aufhebung und Neuordnung der Steuerkommunalen.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfs zur Erweiterung der Geschäftsbereiche der Provinzialverbände.

Die Vorlage wird unter Ablehnung der erwähnten Änderungen in zweiter Beratung angenommen.

Nach kurzer Debatte wird der Gesetzentwurf auch in dritter Sitzung gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

In zweiter und dritter Beratung angenommen wird ferner der Gesetzentwurf zur Aufhebung und Neuordnung der Steuerkommunalen.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfs zur Erweiterung der Geschäftsbereiche der Provinzialverbände.

Die Vorlage wird unter Ablehnung der erwähnten Änderungen in zweiter Beratung angenommen.

Nach kurzer Debatte wird der Gesetzentwurf auch in dritter Sitzung gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

In zweiter und dritter Beratung angenommen wird ferner der Gesetzentwurf zur Aufhebung und Neuordnung der Steuerkommunalen.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfs zur Erweiterung der Geschäftsbereiche der Provinzialverbände.

Die Vorlage wird unter Ablehnung der erwähnten Änderungen in zweiter Beratung angenommen.

Nach kurzer Debatte wird der Gesetzentwurf auch in dritter Sitzung gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

In zweiter und dritter Beratung angenommen wird ferner der Gesetzentwurf zur Aufhebung und Neuordnung der Steuerkommunalen.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfs zur Erweiterung der Geschäftsbereiche der Provinzialverbände.

Die Vorlage wird unter Ablehnung der erwähnten Änderungen in zweiter Beratung angenommen.

Nach kurzer Debatte wird der Gesetzentwurf auch in dritter Sitzung gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

In zweiter und dritter Beratung angenommen wird ferner der Gesetzentwurf zur Aufhebung und Neuordnung der Steuerkommunalen.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfs zur Erweiterung der Geschäftsbereiche der Provinzialverbände.

erhalten. (Sehr richtig!) Es gibt nichts, was eine Verneinerung Preussens rechtfertigen könnte.

Abg. Weber (Soz.): Wir beurteilen den Schritt Ulrichs. Wir wissen, dass das Zentrum sich an den Abtreibungsbestrebungen eifrig beteiligt.

Die Erklärungen des Zentrums hier im Hauptausschuss mit dem Verhalten der Partei im Westen nicht überein.

Abg. Bergmann (Ztr.): Wir haben ein sehr schweres Opfer gebracht, als wir in die Regierung eintraten.

Ein Sachverhalt wird angenommen. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr pünktlich.

Außerordentliche Bezirkskonferenz.

Samstag, den 8. August, vormittags 9 Uhr findet in Halle im Augustiner-Grün, Mittelstraße (Nähe der Post) eine außerordentliche Bezirkskonferenz statt.

- 1. Innere Tätigkeit und Aufgaben im Bezirk. 2. Beratung und Beschlussfassung über ein neues Bezirksstatut. 3. Wahl des Bezirksvorstandes. 4. Innere Verfassung des Bezirks.

Die Beschlüsse der Konferenz können jeder Ortsvereine je einen Delegierten entsenden. Die Kosten der Delegation trägt jeder Ortsverein selbst.

Entwürfe für das neue Bezirksstatut sind an die Ortsvereine verschickt. Wir eruchen die Gewissen, möglichst schon am Sonnabend einzutreffen.

Wir machen darauf aufmerksam, dass jeder Delegierte, der an der Konferenz teilnimmt, ein vorchriftsmäßiges Mandat haben muss.

Der Bezirksvorstand: R. Dreßler.

Halle, 17. Juli 1919.

Halle und Saalkreis.

Abt. H. (Ztr.) empfiehlt die Ueberweisung an eine besondere Kommission von 25 Mitgliedern.

Abg. Heßel (Dem.): Die Autonomie der Provinzen darf nicht auf Kosten der Gemeinden Platz greifen.

Abg. Hergel (Dn.) kann zurzeit zu der Frage noch nicht Stellung nehmen.

Abg. Dr. von Richter (D. Vpt.) stellt der Vorlage mit sehr ernten Bedenken gegenüber.

Abg. Götter (U. S.): Im November hätte es niemand für möglich gehalten, dass die Reichstagskassen in Arm mit dem Zentrum alle sozialdemokratische Kulturverbote...

Abg. Dr. Wobdenbauer (D. Vpt.): Es stellt sich, das Ministerpräsident Ulrich mit Magin eine auf die Sache bezügliche Unterredung hatte, und er hierbei von den geeigneten französischen Diplomaten nach allen Regeln der Kunst eingeleitet wurde.

Abg. Bergmann (Ztr.): Die preussische Bevölkerung in den Gebieten, die man zu Groß-Heiden schlagen will, ist nicht weniger als gewöhnlich dazu.

Abg. Meiner (Dn.): Die Autonomie der Provinzen darf nicht auf Kosten der Gemeinden Platz greifen.

Abg. Dr. von Richter (D. Vpt.): Es stellt sich, das Ministerpräsident Ulrich mit Magin eine auf die Sache bezügliche Unterredung hatte, und er hierbei von den geeigneten französischen Diplomaten nach allen Regeln der Kunst eingeleitet wurde.

Abg. Bergmann (Ztr.): Die preussische Bevölkerung in den Gebieten, die man zu Groß-Heiden schlagen will, ist nicht weniger als gewöhnlich dazu.

Abg. Meiner (Dn.): Die Autonomie der Provinzen darf nicht auf Kosten der Gemeinden Platz greifen.

Abg. Dr. von Richter (D. Vpt.): Es stellt sich, das Ministerpräsident Ulrich mit Magin eine auf die Sache bezügliche Unterredung hatte, und er hierbei von den geeigneten französischen Diplomaten nach allen Regeln der Kunst eingeleitet wurde.

Abg. Bergmann (Ztr.): Die preussische Bevölkerung in den Gebieten, die man zu Groß-Heiden schlagen will, ist nicht weniger als gewöhnlich dazu.

Abt. H. (Ztr.) empfiehlt die Ueberweisung an eine besondere Kommission von 25 Mitgliedern.

Abg. Heßel (Dem.): Die Autonomie der Provinzen darf nicht auf Kosten der Gemeinden Platz greifen.

Abg. Hergel (Dn.) kann zurzeit zu der Frage noch nicht Stellung nehmen.

Abg. Dr. von Richter (D. Vpt.) stellt der Vorlage mit sehr ernten Bedenken gegenüber.

Abg. Götter (U. S.): Im November hätte es niemand für möglich gehalten, dass die Reichstagskassen in Arm mit dem Zentrum alle sozialdemokratische Kulturverbote...

Abg. Dr. Wobdenbauer (D. Vpt.): Es stellt sich, das Ministerpräsident Ulrich mit Magin eine auf die Sache bezügliche Unterredung hatte, und er hierbei von den geeigneten französischen Diplomaten nach allen Regeln der Kunst eingeleitet wurde.

Abg. Bergmann (Ztr.): Die preussische Bevölkerung in den Gebieten, die man zu Groß-Heiden schlagen will, ist nicht weniger als gewöhnlich dazu.

Abg. Meiner (Dn.): Die Autonomie der Provinzen darf nicht auf Kosten der Gemeinden Platz greifen.

Abg. Dr. von Richter (D. Vpt.): Es stellt sich, das Ministerpräsident Ulrich mit Magin eine auf die Sache bezügliche Unterredung hatte, und er hierbei von den geeigneten französischen Diplomaten nach allen Regeln der Kunst eingeleitet wurde.

Abg. Bergmann (Ztr.): Die preussische Bevölkerung in den Gebieten, die man zu Groß-Heiden schlagen will, ist nicht weniger als gewöhnlich dazu.

Abg. Meiner (Dn.): Die Autonomie der Provinzen darf nicht auf Kosten der Gemeinden Platz greifen.

Abg. Dr. von Richter (D. Vpt.): Es stellt sich, das Ministerpräsident Ulrich mit Magin eine auf die Sache bezügliche Unterredung hatte, und er hierbei von den geeigneten französischen Diplomaten nach allen Regeln der Kunst eingeleitet wurde.

Abg. Bergmann (Ztr.): Die preussische Bevölkerung in den Gebieten, die man zu Groß-Heiden schlagen will, ist nicht weniger als gewöhnlich dazu.

Abg. Meiner (Dn.): Die Autonomie der Provinzen darf nicht auf Kosten der Gemeinden Platz greifen.

Abg. Dr. von Richter (D. Vpt.): Es stellt sich, das Ministerpräsident Ulrich mit Magin eine auf die Sache bezügliche Unterredung hatte, und er hierbei von den geeigneten französischen Diplomaten nach allen Regeln der Kunst eingeleitet wurde.

Abg. Bergmann (Ztr.): Die preussische Bevölkerung in den Gebieten, die man zu Groß-Heiden schlagen will, ist nicht weniger als gewöhnlich dazu.

Abg. Meiner (Dn.): Die Autonomie der Provinzen darf nicht auf Kosten der Gemeinden Platz greifen.

Abg. Dr. von Richter (D. Vpt.): Es stellt sich, das Ministerpräsident Ulrich mit Magin eine auf die Sache bezügliche Unterredung hatte, und er hierbei von den geeigneten französischen Diplomaten nach allen Regeln der Kunst eingeleitet wurde.

Abg. Bergmann (Ztr.): Die preussische Bevölkerung in den Gebieten, die man zu Groß-Heiden schlagen will, ist nicht weniger als gewöhnlich dazu.

Abg. Meiner (Dn.): Die Autonomie der Provinzen darf nicht auf Kosten der Gemeinden Platz greifen.

Abg. Dr. von Richter (D. Vpt.): Es stellt sich, das Ministerpräsident Ulrich mit Magin eine auf die Sache bezügliche Unterredung hatte, und er hierbei von den geeigneten französischen Diplomaten nach allen Regeln der Kunst eingeleitet wurde.

Abg. Bergmann (Ztr.): Die preussische Bevölkerung in den Gebieten, die man zu Groß-Heiden schlagen will, ist nicht weniger als gewöhnlich dazu.

Abg. Meiner (Dn.): Die Autonomie der Provinzen darf nicht auf Kosten der Gemeinden Platz greifen.

Abg. Dr. von Richter (D. Vpt.): Es stellt sich, das Ministerpräsident Ulrich mit Magin eine auf die Sache bezügliche Unterredung hatte, und er hierbei von den geeigneten französischen Diplomaten nach allen Regeln der Kunst eingeleitet wurde.

Abg. Bergmann (Ztr.): Die preussische Bevölkerung in den Gebieten, die man zu Groß-Heiden schlagen will, ist nicht weniger als gewöhnlich dazu.

Abg. Meiner (Dn.): Die Autonomie der Provinzen darf nicht auf Kosten der Gemeinden Platz greifen.

Abg. Dr. von Richter (D. Vpt.): Es stellt sich, das Ministerpräsident Ulrich mit Magin eine auf die Sache bezügliche Unterredung hatte, und er hierbei von den geeigneten französischen Diplomaten nach allen Regeln der Kunst eingeleitet wurde.

